

Gerd Deumlich

Revolution – Konterrevolution – Antikommunismus*

Dieses Thema betrifft den historisch bedingten Umstand, dass Antikommunismus in Deutschland außergewöhnliche Aggressivität und Kontinuität erlangte. Die Novemberrevolution ist eine Station in dem geschichtlichen Zusammenhang der dafür maßgeblichen Ursachen: Die deutsche Bourgeoisie brachte nie eine erfolgreiche bürgerlichen Revolution zustande, sondern verbündete sich in Entscheidungssituationen stets mit der Konterrevolution.

So war es bereits 1848. Was 70 Jahre später die Novemberrevolution erbrachte: die Ablösung der Monarchie durch die Republik, durch die parlamentarische Demokratie, hatte schon mit der Revolution von 1848 auf der Tagesordnung gestanden, denn die reaktionären feudalen Verhältnisse behinderten die freie Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Die Interessen der Bourgeoisie verlangten die nationale Einheit in Gestalt eines bürgerlich-demokratischen Nationalstaates. Friedrich Engels geißelte treffend, weshalb die Bourgeoisie die Chance dazu vergab: „Lieber Rückkehr zum alten bürokratisch-feudalen Absolutismus als ein Sieg der Bourgeoisie als Klasse, als ein moderner Bourgeoisestaat, erkämpft auf revolutionärem Weg, unter Stärkung der revolutionären Klasse, des Proletariats! Das war der Angstruf der deutschen Bourgeoisie, unter dem die Reaktion auf der ganzen Linie siegte.“

Das brachte den konterrevolutionären Mächten von 1848 das „Verdienst“ ein, 1871 einen bürgerlich-junkerlichen Nationalstaat durch die Gründung des deutschen Kaiserreiches zu errichten. Dieses nahm sich der Interessen der Bourgeoisie an, mit Ansätzen zum Antikommunismus zum Schutze des kapitalistischen Eigentums, handgreiflich mit dem Bismarckschen Repressionsgesetz gegen die „sozialistisch-kommunistischen Umtriebe“. Und das Kaiserreich begann den Kampf um den „Platz an der Sonne“ im Interesse des bei der Aufteilung der Welt zu spät und zu kurz gekommenen deutschen Kapitals.

Zum schmähhlichen Glanzstück geriet das Paktieren des kapitalistischen Bürgertums mit der junkerlich-militaristischen Reaktion im ersten Weltkrieg, eingeschlossen die an dessen Ende gemeinsam von den kapitalistischen und den feudalen Eliten inszenierte Konterrevolution. Sie konnten sich nicht damit abfinden, dass es revolutionäre Arbeiter und Soldaten waren, die dem mörderischen Krieg, nach der militärischen Niederlage, ein wirkliches Ende setzten, und sie damit um den Erfolg ihrer annexionistischen Kriegsziele gekommen waren. Es widersprach ihrem Machtinteresse, dass der Sturz der Feudalherrschaft und eine bürgerlich-parlamentarische Republik durch eine Revolution, getragen von revolutionären Massen, erkämpft wurde. Hieraus resultierte,

* Überarbeiteter Vortrag bei der Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und des Linken Dialogs Köln *90 Jahre Novemberrevolution Gestern – Heute – Morgen* in Köln am 1.11.2008.

dass in der Bourgeoisie, deren ökonomische Macht ja nicht ernsthaft angetastet war, die vielmehr mit der parlamentarischen Republik ihre adäquate politische Herrschaftsform geboten bekam, ideologische Aversionen gegen die „Republik der Novemberverbrecher“ beträchtliche Resonanz fanden. Stand doch an deren Ursprung auch die Herausforderung durch Kräfte im eigenen Land, die die Novemberrevolution bis zu einer sozialistischen Umwälzung vorantreiben wollten. Es war in Deutschland eine kommunistische Partei entstanden, und es stand die Ungeheuerlichkeit der russischen Oktoberrevolution drohend am Horizont.

Daraus ergab sich, dass der unzweifelhaft gerade im damaligen Deutschland einen historischen Fortschritt markierende Anbruch des Zeitalters der bürgerlichen Demokratie mit einem massiven Auftrieb reaktionärster Ideologie, Antikommunismus als Propaganda und Staatsterror belastet war.

Zwar wurden mit der Novemberrevolution wichtige politische und soziale Errungenschaften erkämpft, wie die Abschaffung des Drei-Klassen-Wahlrechts, das Frauen-Wahlrecht, die Zulassung von Betriebsräten, der Acht-Stunden-Tag usw. Doch an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen hat die Errichtung der Weimarer Republik mit Parlament und bürgerlicher Verfassung nichts geändert. Sozialisierungsbeschlüsse wurden gefasst, aber nie umgesetzt, die Parole „Die Sozialisierung marschiert“ war reine Augenwischerei. Selbst das Junkertum blieb von einer Bodenreform verschont. Auch die Regierungsbeteiligung führender SPD-Vertreter schuf keinen Wandel. Das waren Politiker, die schon 1914 im Reichstag für die Kriegskredite gestimmt hatten, im Krieg ihren „Burgfrieden“ mit der kaiserlichen Macht schlossen, und 1919 in das noch aus dem Kaiserreich stammende Kabinett des Prinzen Max von Baden eintraten, um mitzuhelfen, ein „bolschewistisches Chaos“ abzuwenden. Sie wähten sich in einem republikanischen Boot mit den Kräften, für die Weimar nur die ungeliebte Novemberrepublik war, die möglichst bald wieder durch ein autoritäres Regime abgelöst werden sollte.

Dafür wurde in vielen Städten mit der Rätebewegung gewaltsam aufgeräumt, 1919 mit der Bayerischen Räterepublik; dafür wurde 1920 der Kapp-Putsch unternommen, der nur durch einen Generalstreik niedergeworfen wurde, aber dennoch damit endete, dass die Freikorps, die eben noch die Republik zerschlagen wollten, von der Regierung dieser Republik gegen die Beschützer der Republik eingesetzt wurden; dafür zerschlug Reichswehr im Auftrag der Reichsregierung 1923 gewählte Linksregierungen in Sachsen und Thüringen. In alledem kam zum Zuge, was die Triebkraft der Konterrevolution war: der Antikommunismus.

Er tobte sich nicht nur in blutigem Terror wie in den Morden an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und tausenden Revolutionären aus. Antikommunismus wurde organisiert betrieben als für die nächsten Jahrzehnte wirksamste geistige Waffe für reaktionäre Politik. Aufgenommen wurden die antisozialistischen und antisemitischen Tendenzen, die schon im Kaiserreich wirksam waren. Aufgewertet wurden Kräfte wie der 1891 gegründete Alldeutsche Ver-

band, der sich durch wüsten Nationalismus und Rassismus für den Annexionismus des deutschen Großkapitals bewährt hatte. Es wurden Potenzen mobilisiert wie das „Generalsekretariat zum Studium und zur Bekämpfung des Bolschewismus der Liga zum Schutz der deutschen Kultur“.

Der durchgängige Tenor der Flut von antikommunistischer Propaganda lag jetzt auf der „Bedrohung durch die jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“. Dieses Konstrukt, gegen die Novemberrevolution und als Reflex auf die russische Oktoberrevolution zum Dogma erhoben, wurde zur offiziell sanktionierten Sprachregelung. Sie galt über die ganze Weimarer Zeit, war eine entscheidende Motivation für die Errichtung der faschistischen Diktatur, für die Vorbereitung und Exekutierung des faschistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieges – bis zur Niederlage des faschistischen Reiches im Mai 1945. Da verschwand die Wortkombination „jüdisch-bolschewistisch“ schlagartig aus dem offiziellen Sprachgebrauch – auf dass ungeniert mit dem Schreckgespenst der „bolschewistischen Bedrohung aus dem Osten“ weiter operiert werden konnte. Taktisch bereinigter Antikommunismus reichte aus, um in wenigen Jahren, gegen alle Widerstände, Restauration und Wiederaufrüstung durchzusetzen; er machte die Bundesrepublik würdig für die NATO-Mitgliedschaft, zuverlässig als Vorposten in der Front gegen die „sowjetische Bedrohung“ des Westens.

Antikommunismus war niemals nur eine Distanz zum Kommunismus oder ein Part im Disput über die Gestaltung gesellschaftlicher Systeme. Er war und ist die aggressivste Variante unter den ideologischen Mitteln zur Abwehr und Unterdrückung der sozialen Erfahrungen und theoretischen Analysen, die für eine Überwindung des Kapitalismus und für eine sozialistische Alternative sprechen. Ohne diese radikale Wirkung des Antikommunismus, seinen von den Herrschenden erkannten Wert, wäre es möglicherweise ein folgenloses Schauspiel geblieben, als sich Hitler am 27. Januar 1932 im Industrieclub in Düsseldorf 700 Wirtschaftsführern dafür empfahl, Hindenburg dazu zu drängen, ihn zum Kanzler zu küren: „Ja, wir haben den unerbittlichen Beschluss gefasst, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten“.

Es ist schon ein Ausdruck der Borniertheit des Antikommunismus wie seiner Kontinuität, wenn der Bundeskanzler Dr. Adenauer das Ziel des von ihm angestoßenen KPD-Verbots wenige Jahre nach der Nazizeit noch immer mit dem Gedanken der Ausrottung des Marxismus verband. Doch die grundsätzliche Feindschaft des Antikommunismus richtet sich nicht nur gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre Theorie. Ebenso wenig Gnade finden die Ideen der Französischen Revolution, total ignorant gegenüber der Erinnerung, dass sie eigentlich die Epoche des Bürgertums eröffnen sollten. Für den von den Nazis hofierten Philosophen Oswald Spengler (1880 – 1936) begann der Irrsinn der Revolution „nicht mit dem materialistischen Sozialismus des 19. Jahrhunderts und noch viel weniger mit dem Bolschewismus von 1917. Sie ist seit der Mitte des 18. Jahrhunderts ‚in Permanenz‘, um eine ihrer geläufigen Phrasen zu gebrauchen. Damals begann die rationalistische Kritik, die

sich stolz Philosophie der Aufklärung nannte, ihre zerstörerische Tätigkeit.“ Solches blieb nicht die ausgefallene Sicht eines extrovertierten Vordenkers der Reaktion, bis heute ergeht sich Antikommunismus in tiefstem Misstrauen gegen bürgerlichen Humanismus, dessen schlappe Mentalität sich nicht eigne zur rabiaten Verteidigung der Herrschaft des Kapitals.

Es geht nicht nur Kommunisten an, zu welch extrem antihumanistischen Exzessen die antikommunistische Feindschaft gegen den Marxismus geführt hatte. Es ist daran zu erinnern, dass von den Nazis bevorzugt der Antisemitismus dazu benutzt wurde, den Ursprung des Marxismus zu erklären. In einer „Sonderveröffentlichung“ über „Probleme des Ostraumes“ aus dem Jahr 1942 verbreiten Exponenten des Faschismus ihre Theorien. Ein Ministerialdirektor Dr. Leibbrandt, Herausgeber der „Bücher des Ostraumes“, führt eine „gründliche Blutsvermischung“ an, „aus der sich das Judentum als Träger der Idee der Ausbeutung anderer Völker entwickelte. Jene parasitäre Ausbeutungslehre wurde nach vielen Jahrhunderten im Marxismus zu einem politischen Programm ausgebildet“. Ein anderer Autor, Härtle, beschwört die „Seelen- und Intelligenzdressur der bolschewistischen Geisteswissenschaften“. Als „größte Drohung gegen die Kultur Europas“ sei im Osten „die Verkörperung des dialektischen Materialismus, der Bolschewismus als Typus“ aufmarschiert. „Judentum und mongolisiertes Russentum sind hier ... eine Kultur bedrohende Einheit geworden“. Einem bereits 1922 erschienenen Buch des faschistischen Vordenkers Alfred Rosenberg wird nachgerühmt, dass es „die führende Rolle des Judentums im Bolschewismus sowie die engste Zusammenarbeit des Weltjudentums mit der Sowjetregierung“ eindeutig nachgewiesen habe. Deshalb, so Rosenberg, sei dem deutschen Volk „die Aufgabe beschieden, den Gedanken einer neuen Weltgestaltung zu gebären“. Das hat ja dann der Faschismus an der Macht von 1933 bis 1945 mit seiner deutschen Gründlichkeit besorgt. Wie es beispielhaft am 10. Oktober 1941 vom Armeekommando der 6. Armee für das „Verhalten der Truppe im Ostraum“ als Befehl ausgegeben wurde. „Das wesentliche Ziel des Feldzuges gegen das jüdisch-bolschewistische System ist die völlige Zerschlagung der Machtmittel und die Ausrottung des asiatischen Einflusses im europäischen Kulturkreis ... Nur so werden wir unserer geschichtlichen Aufgabe gerecht, das deutsche Volk von der asiatisch-jüdischen Gefahr ein für allemal zu befreien“.

Manche Leute mögen meinen, dass uns die „friedliche Revolution“ von 1989/90 mit der Überwindung des Kommunismus in Osteuropa auch davon befreit hat, dass Antikommunismus noch einmal solche Verbrechen wie die des Faschismus anrichten kann. Sie mögen Recht haben, dass sich Geschichte nicht einfach wiederholt. Aber sie geben sich keine Rechenschaft darüber, was es für die politische Entwicklung in Deutschland bedeutet, dass es nach 1945 möglich wurde, den Faschismus in der Logik des Antikommunismus zu relativieren.

In der so genannten Historikerdebatte der 70er Jahre „bereicherte“ der Historiker Ernst Nolte den Antikommunismus um die These, der Hitlerfaschismus

sei zwar eine „Extremform des Antibolschewismus“ gewesen, doch heute „ist es viel wahrscheinlicher geworden, das dieser Antibolschewismus für sich gesehen im Recht war“. Denn: der „Rassenmord“ der Nazis sei nur ein logischer Reflex auf den „Klassenmord“ der Bolschewiki. So erscheint der singulare Holocaust als kausal durch die Oktoberrevolution und Verbrechen in der Stalinzeit verursacht und damit „im Recht“ befindlich. Nolte unterschlägt, dass dem Rassenmord der Nazis nicht nur 6 Millionen Juden, sondern auch 20 Millionen „slawische Untermenschen“ zum Opfer fielen – er leugnet darüber hinaus, dass der Krieg der Faschisten von dem imperialistischen Klasseninteresse bestimmt war, zwecks Eroberung von „Lebensraum“ für die deutsche Herrenrasse die sozialistische Ordnung in der Sowjetunion zu vernichten – und der Holocaust logischer Bestandteil dieses Krieges und seiner Zielsetzung war, die „jüdisch-bolschewistische Verschwörung“ zu liquidieren.

Der geschichtsrevisionistische Grundzug des Antikommunismus bringt dann auch konsequenterweise die faschistische Lüge vom notwendigen Präventivkrieg gegen die Sowjetunion wieder zur Geltung. Nicht irgendwer – der Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Dr. Joachim Hoffmann, behauptet, „im Sommer 1941 hatte der eine Aggressor, Hitler, die letzte Gelegenheit, dem anderen Aggressor zuvorzukommen.“ Hier kommt die verfälschende Natur der so genannten Totalitarismus-Doktrin zum Ausdruck: Hitler und Stalin werden gleichermaßen zu Aggressoren gestempelt, wie überhaupt Faschismus und Kommunismus gleichgesetzt werden, aber letztlich dem Faschismus ein legitimes Verhalten zugestanden wird. (Die Geschichtsklitterer dürfen sich dadurch bestätigt sehen, dass ein „Recht“ auf präventive Militärschläge inzwischen in die offizielle NATO-Strategie eingegangen ist.) Die ganze theoretische Fragwürdigkeit der Totalitarismus-Doktrin zeigt sich darin, dass die Konstruktion einer Gleichförmigkeit von Faschismus und Kommunismus als Diktaturen primär und willkürlich auf formale Ähnlichkeiten abhebt, während die soziale Natur der gesellschaftlichen Ordnungen, die gegensätzlicher nicht sein kann, total ausgeblendet wird. Das gestattet die Sichtweise, dass es geschichtlich geradezu geboten ist, den Kommunismus zu vernichten, während die kapitalistischen Strukturen, die der politischen Herrschaftsform des Faschismus zugrunde lagen, als Inkarnation einer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ mit behauptetem Verfassungsrang fortwirken dürfen.

Daraus leiten diverse Institutionen die Legitimität ab, den antifaschistischen Widerstand der Arbeiterbewegung, insonderheit der Kommunisten, zu diskreditieren und historische Tatsachen zu tabuisieren. Jede Erinnerung an die Urheberschaft von Kräften des Großkapitals an der Errichtung der faschistischen Diktatur trifft das Verdikt der anonymen Inquisitoren des „Verfassungsschutzes“: das sei die „orthodox-kommunistische Faschismusdefinition“, ergo: verfassungsfeindlich. Das war und ist allemal eine der wirksamsten Konstruktionen im Instrumentarium zur Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten.

Im Hinblick auf offiziell angesagte Gedenken an die Gründung der beiden deutschen Staaten vor 60 Jahren und ihre „Wiedervereinigung“ vor 20 Jahren

wird intensiv ein „antitotalitärer Gründungskonsens“ der Bundesrepublik in den Vordergrund gerückt. Er gilt in einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung als „Eckpfeiler unseres demokratischen Gemeinwesens“, als „Fundament der historisch-politischen Bildung und der gewissenhaften Aufarbeitung der Zeitgeschichte“. Im Kern geht es darum, die antifaschistischen Intentionen zu verdrängen, die nach 1945 als geschichtliche Aufgaben auf der Tagesordnung standen. Nicht „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ darf der Anstoß zu notwendigen gesellschaftlichen Konsequenzen und eine bleibende Verpflichtung gewesen sein – es sei nach der Niederschlagung des Faschismus und dem entscheidenden Anteil der Sowjetunion primär darum gegangen, gegen eine „kommunistische Diktatur“ auf deutschem Boden Front zu machen. Wir brauchen wohl nicht darüber zu rätseln, in welchen antikommunistischen Tonlagen über die Zerstörung der DDR und die Rolle Deutschlands seitdem die „gewissenhafte Aufarbeitung der Zeitgeschichte“ ausfallen wird.

Wir werden sehen: Zwar wird mit der „Gefahr des islamischen Fundamentalismus“ gerade auch in Deutschland ein „neues Feindbild“ kreiert – aber der Antikommunismus ist damit nicht in die Geschichte abgeschoben und die Auseinandersetzung damit aktuell wie eh und je.